KWP12

Kapitel

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 26.06.2022)

Titel: **Parkraumbewirtschaftung ausweiten**

Text

Der öffentliche Raum ist ein knappes Gut, insbesondere in der Innenstadt. Die Nutzung durch ruhenden Verkehr (d. h. parkende Autos) konkurriert dabei mit Nutzungen durch städtisches Leben. Zudem sind die Schaffung und der Unterhalt von Parkflächen mit Kosten verbunden. Autos werden durchschnittlich lediglich 46 Minuten pro Tag genutzt, den Rest der Zeit nehmen sie nur öffentlichen Raum ein. Dabei werden 50 Prozent der Autos nicht täglich bewegt.

Die Rückgabe des Raums an die Menschen wollen wir erreichen, indem wir jedes Jahr drei Prozent des öffentlichen Parkraums umwidmen, wie es z. B. in Kopenhagen erfolgreich praktiziert wird. Als ersten Schritt sollte das Verbot des bisher tolerierten Gehwegparkens überall dort durchgesetzt werden, wo zu wenig Platz für zu Fuß Gehende, Kinderwagen, Rollstühle oder Rollatoren ist.

Eine umfassende Parkraumbewirtschaftung im gesamten Kieler Stadtgebiet kann Kfz-Nutzer*innen angemessen an diesen Kosten beteiligen und Anreize zur Nutzung anderer Verkehrsmittel schaffen. Die Preise sind so zu gestalten, dass die Nutzung des ÖPNV günstiger ist als mehrstündige Parkzeiten. Für Anwohner*innen können dabei im Bereich ihres Quartiers wie bisher vergünstigte Parkmöglichkeiten angeboten werden. Es müssen weitere Zonen für Anwohnerparken ausgewiesen werden. Die Gebühren von derzeit 10,20 Euro bis 30,70 Euro pro Jahr möchten wir anheben. Wir setzen uns auf Landesebene dafür ein, dass die Kommunen einen Rechtsrahmen dafür bekommen. Die Gebühren wollen wir nach Größe und Gewicht der Pkw sowie der Anzahl im Haushalt befindlichen Pkw gestalten. In äußeren Zonen der Stadt soll das Parken günstiger sein als im innenstadtnahen Bereich. Wir streben weiterhin an, Supermarktparkplätze außerhalb der Öffnungszeiten für Anwohner*innen zu öffnen.

Wir möchten den Straßenraum für alle Menschen der Stadt Kiel nutzbar machen und so für mehr Gerechtigkeit im öffentlichen Raum sorgen. Daher möchten wir vermehrt Autos in Parkhäusern unterbringen. Parkhäuser nutzen den Platz wesentlich effizienter als Parkplätze an der Straße und sind aktuell nicht ausgelastet. Darum möchten wir uns dafür einsetzen, dass das Parken an der Straße teurer ist als im Parkhaus. Um Menschen passgenauer zu freien Parkplätzen in Parkhäuser zu leiten, setzen wir uns für den Ausbau nutzer*innenfinanzierter digitaler Parkleitsysteme ein.

In Neubaugebieten sind daher Quartierstiefgaragen oder -parkhäuser mitzuplanen. Neue Quartiere sind von vornherein autoarm zu konzipieren (siehe Kapitel Kiel in neuen Strukturen denken: inklusive Quartiersentwicklung). Derzeit können die Autostellplätze durch alternative Mobilitätskonzepte wie Carsharing oder Fahrradstellplätze auf minimal 0,3 pro Wohneinheit reduziert werden. Wir möchten prüfen, ob es nötig ist, dies in einer Stellplatzverordnung festzuhalten und weiter abzusenken. Bei Wohngebäuden sollen auch sichere und komfortable Fahrrad- und E-Scooterstellplätze mit Lademöglichkeiten vorgehalten werden. Dies muss mit dem weiteren Ausbau von Carsharing-Angeboten und Mobilitätsstationen einhergehen. Es soll zudem geprüft werden, ob wieder ein Ridesharing-Angebot in Kiel etabliert werden kann. Das gilt besonders für Bereiche und Zeiten, in denen das ÖPNV-Angebot noch nicht ausreichend ausgebaut ist. Ridesharing-Angebote sind eine Art Gemeinschaftstaxi, wie es die Firma Clevershuttle in Kiel schon einmal angeboten hatte.

Alle Parkhäuser sind vermehrt mit E-Ladesäulen auszustatten. Solange die heute gebräuchlichen Normalladesäulen benötigt werden, wollen wir den Ausbau bürger*innennah vorantreiben, indem Vorschläge für Standorte bei Bedarf niedrigschwellig an die Verwaltung herantragen werden können. Parkhäuser sollen zudem dem Bedarf entsprechende Fahrradabstellmöglichkeiten enthalten.